

Aktenzeichen:	II-1225
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X914
Gültigkeit:	ab dem 01.10.2019

Arbeitsanleitung Nr. 011

Beschäftigung, Integration, Motivation, Orientierung im Rahmen der Freien Förderung (BIMO)

§ 16f SGB II - Freie Förderung

(1) Die Agentur für Arbeit kann die Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erweitern. Die freien Leistungen müssen den Zielen und Grundsätzen dieses Buches entsprechen.

(2) Die Ziele der Leistungen sind vor Förderbeginn zu beschreiben. Eine Kombination oder Modularisierung von Inhalten ist zulässig. Die Leistungen der Freien Förderung dürfen gesetzliche Leistungen nicht umgehen oder aufstocken. Ausgenommen hiervon sind Leistungen für

1. Langzeitarbeitslose und

2. erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist,

bei denen in angemessener Zeit von in der Regel sechs Monaten nicht mit Aussicht auf Erfolg auf einzelne Gesetzesgrundlagen dieses Buches oder des Dritten Buches zurückgegriffen werden kann. Bei Leistungen an Arbeitgeber ist darauf zu achten, Wettbewerbsverfälschungen zu vermeiden. Projektförderungen im Sinne von Zuwendungen sind nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung zulässig. Bei längerfristig angelegten Förderungen ist der Erfolg regelmäßig zu überprüfen und zu dokumentieren.

Zielsetzung

Mit dem Instrument „Beschäftigung, Integration, Motivation, Orientierung“ (BIMO) im Rahmen der Freien Förderung soll ein zusätzlicher finanzieller Anreiz für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit geschaffen und die Aussichten auf eine langfristige Integration von eLb erhöht werden.

Durch die Förderung mit BIMO sollen die finanziellen Mehrbelastungen für eLb durch die Aufnahme eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses im Niedriglohnbereich ausgeglichen werden.

Notwendige Förderungen, insbesondere auch Qualifizierungsbedarfe, welche sich innerhalb von sechs Monaten seit tatsächlicher Arbeitsaufnahme herausstellen, können über § 16g Abs. 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gefördert werden.

Die Freie Förderung ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung. Ermessen bedeutet, dass einerseits Spielraum für Entscheidungen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen besteht, dieser Rahmen aber auch entsprechend gestaltet und genutzt werden muss. In diesem Fall wird das Ermessen als Auswahlermessen ausgeübt.

Allgemeiner Hinweis

Paragrafen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

Inhaltsverzeichnis

1. Fördervoraussetzungen.....	4
1.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen.....	4
1.2 Individuelle Voraussetzungen.....	4
2. Antragsbearbeitung	5
2.1 Antragsverfahren	5
2.2 Zusammenarbeit mit dem ILC	6
3. Förderdauer	6
4. Förderhöhe	7
5. Ausschlussgründe	7
6. Förderung gemäß § 16g Abs. 2.....	7
7. Gültigkeit.....	8

Die Förderung der/des eLb mit BIMO basiert auf der Grundlage des § 16f.

Ermessen

Es handelt sich hierbei um eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung von Jobcenter team.arbeit.hamburg.

Ein Rechtsanspruch auf diese Förderung besteht nicht.

1. Fördervoraussetzungen

1.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen

Eine Förderung mit BIMO ist möglich, wenn eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht durch den Einsatz eines Basisinstruments oder einer Kombination von Basisinstrumenten erreicht werden kann.

Allgemeine

Fördervoraussetzungen

Zu den vergleichbaren Basisinstrumenten zählen beispielsweise der Eingliederungszuschuss (EGZ) und das Einstiegsgeld (ESG). Die Kombination von EGZ und BIMO für das selbe Arbeitsverhältnis ist möglich.

Notwendig ist hierbei eine individuelle Prognoseentscheidung, nach der in angemessener Zeit (innerhalb von sechs Monaten) ein Eingliederungserfolg voraussichtlich ohne die Förderung mit BIMO nicht erreicht werden kann.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung muss die/der eLb passive Leistungen nach dem SGB II durch Jobcenter team.arbeit.hamburg beziehen.

Die/Der eLb

- muss langzeitarbeitslos i. S. d. § 18 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) sein (siehe Anlage 1),
oder
- darf das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die berufliche Eingliederung muss aufgrund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert sein (drei Handlungsbedarfe müssen gegeben sein).

Voraussetzungen eLb

1.2 Individuelle Voraussetzungen

Für die Förderung muss einer der folgenden Sachverhalte vorliegen:

- die/der eLb hat entweder keinen Schulabschluss oder keinen Berufsabschluss
oder
- eine anerkannte Behinderung (Grad der Behinderung) liegt vor.

Sollte ein Berufsabschluss vorhanden sein, gilt die/der eLb dennoch als ungelernt, wenn

- sie/er seit mehr als vier Jahren eine an- oder ungelernte Tätigkeit verrichtet hat
oder
- sie/er die erlernte Tätigkeit mehr als vier Jahre nicht mehr ausgeübt hat.

Anforderungen an die zu fördernden Beschäftigungsverhältnisse:

Förderfähig sind sozialversicherungspflichtige, inländische Beschäftigungsverhältnisse, die nicht den gesetzlichen Bestimmungen gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) inkl. der dazugehörigen Rechtsverordnung widersprechen.

Der Arbeitsvertrag muss für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten geschlossen werden.

**Förderfähige
Beschäftigungs-
verhältnisse**

Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden darf das monatliche sozialversicherungspflichtig zu versteuernde Bruttogehalt höchstens 2.500,00 Euro betragen. Die Entlohnung muss mindestens tariflich bzw. ortsüblich sein. Sonderzuwendungen (z. B. Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeld, Überstundenvergütung) werden beim Bruttogehalt im Monat des Zuflusses berücksichtigt. Die Förderung muss temporär ausgesetzt werden, wenn das Bruttoarbeitsentgelt 2.500,00 Euro im Monat übersteigt.

Die Prüfung und die Rückforderung ggf. überzahlter Beträge erfolgt durch das IntegrationsleistungsCenter (ILC).

Arbeitszeit/Gehalt

Das seit dem 01.01.2015 geltende Mindestlohngesetz (MiLoG) ist in der jeweils aktuellen Fassung zu beachten und der gesetzliche Mindestlohn in der jeweils aktuell festgesetzten Höhe ist einzuhalten. Für Arbeitsverhältnisse von Arbeitnehmer*innen, die unmittelbar vor Beginn der Beschäftigung langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 Abs. 1 SGB III waren, muss der Mindestlohn in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung nicht gewährt werden.

**Gesetzlicher
Mindestlohn**

Es wird empfohlen, bereits bei der Antragstellung das Vorliegen von Langzeitarbeitslosigkeit gem. § 18 Abs. 1 SGB III zu prüfen, das Ergebnis zu bescheinigen (BK-Vorlage „Prüfung von Langzeitarbeitslosigkeit nach MiLoG“) und in VerBIS zu dokumentieren. Sollte die Prüfung der Antragsunterlagen ergeben, dass der vertraglich vereinbarte Lohn unter dem Mindestlohn liegt, ist neben den tariflichen Ausnahmen spätestens dann das Vorliegen der Langzeitarbeitslosigkeit zu prüfen und das Ergebnis zu dokumentieren.

2. Antragsbearbeitung

2.1 Antragsverfahren

Die Förderung kann formlos durch die/den eLb beantragt werden.

Sobald die Fördervoraussetzungen bei der/dem eLb vorliegen, das Ermessen umfangreich geprüft und nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert wurde, erfolgt die Ausgabe eines BIMO-Förderschecks.

Der BIMO-Förderscheck hat eine Gültigkeit von vier Monaten ab Ausstellungsdatum. Der Arbeitsbeginn muss innerhalb von vier Monaten ab Ausstellungsdatum des BIMO-Förderschecks erfolgen. Mit ihrer/seiner Unterschrift auf dem Förderscheck bestätigt die/der eLb die Kenntnisnahme und Einhaltung der Förderbedingungen.

Nach Eingang des BIMO-Förderschecks prüft die Integrationsfachkraft (IFK) die Fördervoraussetzungen und entscheidet über das Förderbegehren.

BIMO-Förderscheck

Bei der Dokumentation der individuellen Entscheidung, mit BIMO zu fördern, ist argumentativ darzustellen, dass andere eingliederungsorientierte Basisinstrumente (insbesondere ESG) nicht den angestrebten Erfolg in angemessener Zeit (in der Regel sechs Monate) herbeiführen.

Diese Prognose muss im Rahmen der Eingliederungsstrategie nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert werden. Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb ist der Förderumfang in die Eingliederungsvereinbarung aufzunehmen.

Da es sich bei BIMO um eine Ermessensleistung handelt, sind alle wesentlichen Verfahrensschritte und Entscheidungen aussagekräftig und nachvollziehbar zu begründen und in VerBIS zu dokumentieren.

Die Dokumentation der Förderleistung in COSACH erfolgt durch die IFK.

**Dokumentation/
Prognose**

2.2 Zusammenarbeit mit dem ILC

Bewilligung

Folgende vollständig ausgefüllte Unterlagen sind im Fall einer Bewilligung per E-AKTE an das ILC weiterzuleiten (Zielpostkorb 12302-X914):

- BIMO-Förderscheck (unterschrieben von der/dem eLb)
- Arbeitsvertrag (unterschrieben von beiden Vertragsparteien)
- der mit einer Verfügung der IFK versehene E-AKTEN-Druck der COSACH-Registerkarte „Förderung entscheiden“

Bewilligung

Ablehnung

Ablehnungsbescheide werden durch das ILC erstellt. Für die Erstellung eines Ablehnungsbescheides ist es erforderlich, dass die IFK dem ILC eine detailliert rechtlich begründete Stellungnahme zur Verfügung stellt.

Folgende vollständig ausgefüllte Unterlagen sind per E-AKTE an das ILC weiterzuleiten (Zielpostkorb 12302-X914):

- der mit einer Verfügung der IFK versehene E-AKTEN-Druck der COSACH-Registerkarte „Förderung entscheiden“
- ggf. vorliegender BIMO-Förderscheck
- ggf. vorliegender Arbeitsvertrag

Ablehnung

Erhält die IFK Kenntnis von der vorzeitigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses innerhalb des BIMO-Förderzeitraums, ist das ILC umgehend davon zu unterrichten.

Vorzeitige Beendigung

3. Förderdauer

Die Förderung erfolgt für maximal zwölf Monate. Wird ein Förderantrag nach Beschäftigungsbeginn gestellt, erfolgt die Förderung ab dem Datum der Antragstellung. Der Förderumfang reduziert sich entsprechend um den vom Arbeitsbeginn bis zum Tag der Antragstellung vergangenen Zeitraum. § 37 findet Anwendung. Die Förderung wird temporär ausgesetzt, falls kein Arbeitsentgelt (beispielsweise wegen Krankengeldbezuges) gezahlt wird. Die Förderdauer verlängert sich dadurch nicht.

Die Leistungen für die/den eLb werden nicht auf die passiven Leistungen nach dem SGB II angerechnet (vgl. § 11a).

Förderdauer

4. Förderhöhe

Die Förderhöhe ist abhängig von der im Arbeitsvertrag dokumentierten wöchentlichen Arbeitszeit. Sie beträgt bei

- Vollzeit (ab 35 Stunden) 400,00 Euro monatlich, bei
- Teilzeit (25 bis unter 35 Stunden) 290,00 Euro monatlich und bei
- Teilzeit (15 bis unter 25 Stunden) 175,00 Euro monatlich.

Mit einer zusätzlichen Förderung für Erziehende besteht ein besonderer Anreiz für die Beschäftigungsaufnahme.

Die zusätzliche Förderung für Erziehende beträgt

- für jedes minderjährige Kind, welches im Haushalt der/des eLb lebt, plus 80,00 Euro.

Des Weiteren beträgt die Förderung nochmals

- plus 80,00 Euro, wenn im Haushalt nur eine erziehende Person lebt (eLb ist allein erziehend).

Für die Bemessung der zusätzlichen Förderung für Erziehende sind die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Förderbeginns maßgeblich. Verändert sich im Laufe der Förderung die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen, hat dies keine Auswirkungen auf die Förderhöhe.

Grundförderung

**Zusätzliche Förderung
für erziehende eLb**

5. Ausschlussgründe

Beschäftigungsverhältnisse mit folgenden Inhalten sind nicht förderfähig:

- Beschäftigungsverhältnisse mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15 Stunden.
- Beschäftigungsverhältnisse, die von vornherein für einen Zeitraum von weniger als sechs Monaten eingegangen werden.
- Beschäftigungsverhältnisse, die der Ausbildung dienen, wie z. B. Volontariate, Trainee-Programme und Praktika.
- Beschäftigungsverhältnisse auf Provisionsbasis.
- Beschäftigungsverhältnisse zwischen Ehegatt*innen, Lebenspartnerschaften, Verwandten und Verschwägerten sowie Arbeitsverhältnisse mit Unternehmen, an denen die/der eLb Eigentumsanteile hält (siehe hierzu § 16 Abs. 5 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X)).
- Beschäftigungsverhältnisse mit einer Entlohnung, die nicht mindestens tariflich bzw. ortsüblich ist.

Im Weiteren:

- Bei einem Wechsel der Arbeitgeber*in (nicht: Betriebsübergang nach § 613a Bürgerliches Gesetzbuch) ist eine Übertragbarkeit der Förderung ausgeschlossen.

6. Förderung gemäß § 16g Abs. 2

Zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit und zur Stabilisierung können im Rahmen von § 16g Abs. 2 bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme folgende Leistungen erbracht werden:

**Förderung gemäß
§ 16g Abs. 2**

- Förderung aus dem Vermittlungsbudget gemäß § 16 Abs. 1 i. V. m. § 44 SGB III,
- Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gemäß § 16 Abs. 1 i. V. m. § 45 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB III (Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme) und
- kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16a.

Hierbei ist die Arbeitsanleitung des jeweiligen Förderinstruments zu beachten. Nähere Informationen zu § 16g können der Arbeitsanleitung Nr. 106 „Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit“ entnommen werden.

7. Gültigkeit

Die o. g. Förderbedingungen gelten für alle Antragstellungen und Beschäftigungsverhältnisse ab dem 01.10.2019.

Anlage 1:

§ 18 SGB III Langzeitarbeitslose

(1) Langzeitarbeitslose sind Arbeitslose, die ein Jahr und länger arbeitslos sind. Die Teilnahme an einer Maßnahme nach § 45 SGB III sowie Zeiten einer Erkrankung oder sonstiger Nicht-Erwerbstätigkeit bis zu sechs Wochen unterbrechen die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht.

(2) Für Leistungen, die Langzeitarbeitslosigkeit voraussetzen, bleiben folgende Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren unberücksichtigt:

1. Zeiten einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung oder zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch,
2. Zeiten einer Krankheit, einer Pflegebedürftigkeit oder eines Beschäftigungsverbots nach dem Mutterschutzgesetz,
3. Zeiten der Betreuung und Erziehung aufsichtsbedürftiger Kinder oder der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger,
4. Zeiten eines Integrationskurses nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a des Aufenthaltsgesetzes sowie Zeiten einer Maßnahme, die für die Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikation mit einer inländischen Berufsqualifikation, für die Erteilung der Befugnis zur Berufsausübung oder für die Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung erforderlich ist,
5. Beschäftigungen oder selbständige Tätigkeiten bis zu einer Dauer von insgesamt sechs Monaten,
6. Zeiten, in denen eine Beschäftigung rechtlich nicht möglich war und
7. kurze Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit ohne Nachweis
(z. B. mangelnde Verfügbarkeit max. 6 Wochen, jeweils separat zu betrachten).

(3) Ergibt sich der Sachverhalt einer unschädlichen Unterbrechung üblicherweise nicht aus den Unterlagen der Arbeitsvermittlung, so reicht Glaubhaftmachung aus.

Erläuterungen zu § 18 Absatz 1

§ 18 Abs. 1 S. 2 SGB III steht im Zusammenhang mit § 22 Abs. 4 MiLoG. Dieser besagt, für Arbeitsverhältnisse von Arbeitnehmer*innen, die unmittelbar vor Beginn der Beschäftigung langzeitarbeitslos im Sinne des § 18 Absatz 1 des SGB III waren, gilt der Mindestlohn in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung nicht. Bei Nicht-Einhaltung des Mindestlohngesetzes ist also die Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) nach § 18 Abs. 1 SGB III zu prüfen.

Als Zeiten sonstiger Nicht-Erwerbstätigkeit gelten beispielsweise Urlaub, die kurzfristig verzögerte Arbeitslosmeldung nach Beendigung der Hilfebedürftigkeit, die kurzzeitige Betreuung von Kindern oder Pflege naher Angehöriger, die Teilnahme an einer ärztlich verordneten Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation, die Teilnahme an einer Veranstaltung, die staatspolitischen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Zwecken dient oder sonst im öffentlichen Interesse liegt und die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Erläuterung zu § 18 Absatz 2

Personen, die allein auf Grund §53a (2) SGBII arbeitssuchend geführt werden, gelten im Kontext der Erbringung von Eingliederungsleistungen weiterhin als arbeitslos. Entsprechend sind diese unschädlich für die Berechnung der Langzeitarbeitslosigkeit.

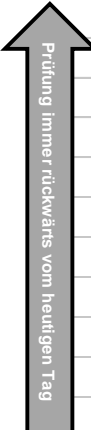
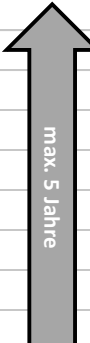
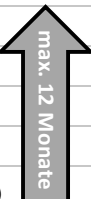
Erläuterung zu § 18 Absätze 1 und 2:

Durch den Europäischen Sozialfond (ESF) geförderte Maßnahmen

Durch die Änderung des § 18 Abs. 2 Nr. 4 SGB III wird klargestellt, dass Zeiten eines Integrationskurses nach § 43 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) oder einer berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a AufenthG Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit sind, die für Langzeitarbeitslosigkeit voraussetzende Leistungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt entsprechend für Zeiten einer Maßnahme auf der Grundlage des ESF-BAMF-Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung im Bereich des Bundes, welches mit der Sprachförderung nach § 45a AufenthG abgelöst wurde und bis Ende des Jahres 2017 befristet war und insoweit nicht ausdrücklich in die Regelung aufgenommen wurde. Die Berechnung der Langzeitarbeitslosigkeit in Bezug zum MiLoG wurde nicht geändert, so dass hier diese Maßnahmen eine schädliche Unterbrechung darstellen.

Beispiel zur Berechnung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) nach § 18 SGB III

Beispiel zur Berechnung LZA nach § 18 SGB III

Lebenslauf Zeiten		Berechnung für Leistungen Absatz 2	Alo-Zählzeiten	Summe	Berechnung zu MiLoG Absatz 1 Satz 2	Alo-Zählzeiten	Summe
 Prüfung immer rückwärts vom heutigen Tag	Svpfl. Arbeit > 6 Monate	01.01.14 - 30.09.16	wäre schädli. Unterbrechung	0	0	wäre schädli. Unterbrechung	
	I-Kurs	01.10.16 - 31.12.16	unschädli. Unterbrechung	0	0	wäre schädli. Unterbrechung	
	arbeitslos	01.01.17 - 30.06.17	Alo Zählzeit	182	458	wäre Zählzeit	
	Svpfl. Arbeit < 6 Monate	01.07.17 - 31.07.17	unschädli. Unterbrechung	0	276	wäre schädli. Unterbrechung	
	arbeitslos	01.08.17 - 30.09.17	Alo Zählzeit	61	276	wäre Zählzeit	
	in FbW > 6 Wochen	01.10.17 - 31.03.18	unschädli. Unterbrechung	0	215	schädli. Unterbrechung	0
	erkrankt < 6 Wochen *	01.04.18 - 30.04.18	unschädli. Unterbrechung	0	215	Alo Zählzeit	30
	arbeitslos	01.05.18 - 31.08.18	Alo Zählzeit	123	215	Alo Zählzeit	123
	in MAT < 6 Wochen	01.09.18 - 30.09.18	unschädli. Unterbrechung	0	92	Alo Zählzeit	30
	arbeitslos	01.10.18 - 31.12.18	Alo Zählzeit	92	92	Alo Zählzeit	92
	Heute	01.01.2019	Beginn BIMO (Frage: liegt LZA vor?)			Arbeitsaufnahme (Frage: Muss MiLohn gezahlt werden?)	
		 max. 5 Jahre			 max. 12 Monate		
		Ergebnis: Die Kriterien für Leistungen, die Langzeitarbeitslosigkeit nach Absatz 2 voraussetzen, sind erfüllt. * Zeiträume einer Arbeitsunfähigkeit über 6 Wochen stellen ebenfalls eine unschädliche Unterbrechung dar.			Ergebnis: Die Rückwärtsbetrachtung läuft nur bis zur ersten schädlichen Unterbrechung. Da von heute rückwärts keine 365 Tage Arbeitslosigkeit erreicht sind, muss die Person im Beispiel mindestens den Mindestlohn erhalten.		